Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Dr. Imle und Genossen

betr. Fischereirechte am Oberrhein

Wir fragen die Bundesregierung:

- Wurden als Folge der Bauarbeiten am Oberrhein, die auf Grund des Staatsvertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich (BGBl. II S. 1863) vom Bund durchgeführt werden,
 - a) Altwasser unterhalb von Breisach trockengelegt oder aufgefüllt und
 - b) dadurch die einheimische Fischerei zum Erliegen gebracht?
- 2. Sind sofern das zutrifft die in ihren Rechten Betroffenen vorher über diese Maßnahmen informiert und ist mit ihnen über Grund und Ausmaß der Beeinträchtigungen verhandelt worden?
- 3. a) Ist für die Beeinträchtigung der alten Fischereirechte irgendeine öffentlich-rechtliche Entschädigung vorgesehen oder
 - b) sind bereits entsprechende Entschädigungsanträge zustimmend oder abschlägig beschieden worden und gegebenenfalls mit welcher Begründung?
- 4. Sind im Rahmen der Durchführung des Staatsvertrages für die Zukunft weitere Maßnahmen in Aussicht genommen, die zu weiteren Beeinträchtigungen der Fischerei unterhalb Breisachs führen können?

Bonn, den 6. November 1964

Unterschriften umseitig

Dr. Schmidt (Wuppertal)

Adorno

Bausch

Benda

Burgemeister

Dr. Elbrächter

Dr. Even (Düsseldorf)

Dr. Furler

Illerhaus

Dr. Kopf

Dr. Löhr

Ruf

Spies

Bading

Bauer (Würzburg)

Dr. Bechert

Börner

Brünen

Haase (Kellinghusen)

Jacobi (Köln)

Jahn

Liehr

Dr. Morgenstern

Dr. Müller-Emmert

Rehs

Ritzel

Dr. Schäfer

Schmitt-Vockenhausen

Schoettle

Dr. Imle

Frau Dr. Diemer-Nicolaus

Dr. Dörinkel

Eisenmann

Hammersen

Dr. Kohut

Mauk

Mertes

Dr. Rutschke